NACHRICHTEN
Österreich

Südkoreanischer Ex-Verteidigungschef wegen Kriegsrecht festgenommen

Südkoreanische Staatsanwälte haben den ehemaligen Verteidigungsminister Kim Yong-hyun wegen seiner Rolle bei der martialischen Gesetzgebung festgenommen. Er wird als zentraler Akteur in diesem umstrittenen Fall betrachtet.

Am Sonntag haben südkoreanische Staatsanwälte einen ehemaligen Verteidigungsminister festgenommen, der angeblich letzte Woche Präsident Yoon Suk Yeol die Einführung des martialischen Rechts empfohlen hat. Damit ist er die erste Person, die im Zusammenhang mit diesem Fall festgenommen wurde.

Impeachment-Versuch gegen Präsident Yoon

Diese Entwicklung erfolgte einen Tag, nachdem Yoon einem von der Opposition geführten Versuch, ihn im Parlament zu impeachen, entkommen konnte. Die meisten Abgeordneten der regierenden Partei boykottierten die Abstimmung, um die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit zur Aussetzung seiner Präsidentschaftsvollmachten zu verhindern. Die Hauptoppositionspartei, die Demokratische Partei, kündigte an, ein neues Impeachment-Verfahren gegen Yoon einzuleiten.

Festnahme des ehemaligen Verteidigungsministers

Am Sonntag wurde der ehemalige Verteidigungsminister Kim Yong-hyun in einer Haftanstalt in Seoul festgenommen, nachdem er von Staatsanwälten befragt worden war. Ein Beamter des Rechtsvollzugs, der anonym bleiben wollte, gab an, dass keine weiteren Einzelheiten zur Festnahme mitgeteilt werden konnten. Berichten südkoreanischer Medien zufolge erschien Kim freiwillig in einem Büro der Staatsanwaltschaft in Seoul, wo sein Mobiltelefon beschlagnahmt und er in Haft genommen wurde. Zudem durchsuchte die Polizei am Sonntag Kims frühere Büros und seine Wohnräume.

Ermittlungen gegen Kim Yong-hyun

Wiederholte Anfragen bei den Staatsanwaltschaften in Seoul und bei der Polizei blieben unbeantwortet. In einer TV-Ansprache erklärte der leitende Staatsanwalt Park Se-hyun am Sonntag, dass die Behörden ein 62-köpfiges Sonderermittlungsteam für den Martial-Law-Fall eingerichtet haben. Park, der das Team leiten wird, betonte, dass die Untersuchung „keine Verdachtsmomente hinterlassen“ werde.

Konsequenzen der martialischen Regelung

Yoon akzeptierte am Donnerstag das Rücktrittsgesuch von Kim, nachdem die Oppositionsparteien ein separates Amtsenthebungsverfahren gegen ihn eingereicht hatten. Kim spielt eine zentrale Rolle in der Durchsetzung des martialischen Rechts durch Yoon, das dazu führte, dass Sonderkommando-Truppen das Nationalversammlungsgebäude umzingelten und Armeehubschrauber über dem Gebäude schwebten. Das Militär zog sich zurück, nachdem das Parlament einstimmig beschloss, Yoons Erlass aufzuheben, was die Regierung dazu zwang, diesen noch vor Tagesanbruch am Mittwoch zurückzunehmen.

Vorwürfe gegen Kim und die Opposition

In dem Dokument für das Amtsenthebungsverfahren

beschuldigten die Demokratische Partei und andere Oppositionsparteien Kim, martialisches Recht vorgeschlagen zu haben. Der stellvertretende Verteidigungsminister Kim Seon-ho erklärte im Parlament, dass Kim Yong-hyun den Einsatz von Truppen beim Nationalversammlung befohlen habe.

Die Demokratische Partei bezeichnete die Verhängung des martialischen Rechts durch Yoon als „verfassungswidrig, illegalen Aufstand oder Putsch“. Sie reichte Beschwerde bei der Polizei gegen mindestens neun Personen ein, einschließlich Yoon und Kim Yong-hyun, wegen des mutmaßlichen Aufstands.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at